



Protokoll des Einwohnerrats

XI. Legislaturperiode 2012–2016

11. Sitzung vom 23. September 2013

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30–20.40 Uhr

Leitung: Stefan Kaiser

Anwesend: 37 Mitglieder

Entschuldigt: Ch. Anliker, G. Löhr, B. Rumpf

Präsident:

Stefan Kaiser

Protokoll:

Sandra Sprecher

Mitteilungen des Präsidenten:

Es sind 37 Einwohnerrätinnen und -räte anwesend. Absolutes Mehr: 19; Qualifiziertes Mehr: 25.

Die drei eingegangenen Anfragen werden am Schluss der Sitzung durch die Gemeinderäte beantwortet.

Neu eingereichte Vorstösse

- | | |
|--|----|
| – Anfrage CVP/GLP: Interessenkonflikt zwischen Gemeinde- und Landrat | 83 |
| – Anfrage D. Zimmermann, FDP: Schliessung der Zufahrt Hohle Gasse | 84 |
| – Anfrage R. Ewald, SVP: Wie schützt der Gemeinderat die Binninger Bevölkerung nach einem radioaktiven Störfall? | 85 |

SVP: Susanna Keller beantragt, das Traktandum 5, Postulat von Christoph Anliker betreffend WLAN-Zugriff, auf die nächste Sitzung zu verschieben, da der Postulant in den Ferien ist.

ABSTIMMUNG:

Mit 25 Ja zu 5 Nein und 5 Enthaltungen wird dem Antrag zugestimmt.

Traktandenliste

Geschäft Nr.

1. Genehmigung des Protokolls vom 26.8.2013
2. Bericht des Gemeinderats vom 27.8.2013:
150-Jahr-Feier Feuerwehr 78
Geschäftskreisführung: Daniel Nyffenegger
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 21.5.2013:
Postulat K. Bartels, CVP/GLP: Frühmodul bei der familienergänzenden Kinderbetreuung im Schulbereich: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung 231
Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 30.4.2013:
Postulat Schaub, Freie Wähler: Entfernung der Sprayereien und Schmierereien beim Binninger Schloss und anderen öffentlichen Bauten: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung 42
Geschäftskreisführung: Mirjam Schmidli
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 20.8.2013:
Postulat Ch. Anliker, SVP: Freier WLAN-Zugriff für alle: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung 74
Geschäftskreisführung: Urs-Peter Moos
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 3.9.2013:
Postulat Ph. Schaub, Freie Wähler: Durchsuchbare pdf-Dokumente für Einwohnerrat und Verwaltung: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung 68
Geschäftskreisführung: Mike Keller
7. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 12.3.2013:
Interpellation K. Bartels, CVP/GLP: Stand Revision Raumplanungsgesetz 43
Geschäftskreisführung: Mirjam Schmidli
8. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 7.5.2013:
Interpellation S. Tribolet, SP: Velowege auf dem Westplateau 46
Geschäftskreisführung: Urs-Peter Moos
9. Diversa

Genehmigung des Protokolls vom 23.9.2013

://: Das Protokoll wird genehmigt.

Traktandum 2

Nr. 78

150-Jahr-Feier Feuerwehr

Daniel Zimmermann, FDP: Die FDP-Fraktion dankt der Feuerwehr für die Vorlage. Der Bericht des Gemeinderats ist einmal mehr in den inhaltlichen Erläuterungen unvollständig. Dank direkter Nachfrage beim Gemeinderat haben sich diverse Fragen geklärt. Dies darf aber nicht zur Gewohnheit werden, sondern es müssen künftig Vorlagen mit eindeutigen Aussagen und Anträgen in den Einwohnerrat kommen.

Die Feuerwehr leistet mit dem Kader, der Mannschaft und dem Kommandanten einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit in Binningen. Die FDP-Fraktion dankt den Feuerwehrleuten für ihr grosses persönliches Engagement. Es ist ein gutes Gefühl, mit dieser Sicherheit und Hilfsbereitschaft in Binningen leben zu können. Deshalb soll die Feuerwehr die Wertschätzung und den Rückhalt der Bevölkerung spüren. Nach Ansicht der FDP nehmen die geplanten Feierlichkeiten die erwähnten Überlegungen auf und sie findet das vorgelegte Konzept für das Jubiläumsjahr 2014 gut. Die Gesamtkosten sind im Verhältnis zu den geplanten Aktivitäten und im Vergleich zu anderen Anlässen im Rahmen. Die Festivitäten bringen auch für die Region eine nachhaltige Werbung für die zukünftigen jungen Generationen, die für die Feuerwehr rekrutiert werden müssen.

Damit das Jubiläumsjahr 2014 rechtzeitig und mit der nötigen Planungssicherheit angegangen werden kann, ist ein finanzieller Beitrag der Gemeinde im vorgeschlagenen Rahmen von 56 800 Franken wichtig. Die FDP betrachtet diesen Betrag als Kostendach und findet die Regelung mit den 80 Prozent eine gute Sache. Damit die Kostenverantwortung vom Gemeinderat begleitet werden kann – und weil in der Vorlage Informationen fehlen – stellt die Fraktion den Antrag, dass im Fest-Organisationskomitee nebst den Feuerwehrleuten zusätzlich je ein Vertreter des Gemeinderats, der Verwaltung und des Einwohnerrats Einsitz nehmen soll.

Anand Jagtap: Die Grüne/EVP findet es richtig, dass der runde Geburtstag einer so wichtigen Institution wie der Feuerwehr in der Gemeinde in einem angemessenen Rahmen gefeiert wird. Das vom OK vorgelegte dreiteilige Konzept genügt dem Anspruch und die Fraktion steht voll und ganz dahinter. Sie erachtet die Ausgaben als eine Investition in die Zukunft. Die Feuerwehr ist eine Milizorganisation und in der Bevölkerung tief verwurzelt. In Zeiten, in denen sich die Rekrutierung von Freiwilligen als schwierig gestaltet, ist das Feiern von gemeinsamen Erfolgen besonders wichtig. Mit der Finanzierung dieses Festes zeigt der Einwohnerrat seine Wertschätzung gegenüber der Feuerwehr als Milizorganisation, aber auch gegenüber jedem einzelnen Mitglied.

Die Grüne/EVP erachtet das Fest als sinnvolle Investition, weil sie das Ganze auch als Personalmarketing versteht. Den Aktiven von Morgen wird gezeigt, wie spannend die Tätigkeiten in der Feuerwehr sind. Wenn nur ein paar zusätzliche Frauen und Männer begeistert werden können, relativieren sich die Kosten.

Das eingereichte Budget ist solide und es zeigt, dass der Steuerfranken auch tatsächlich bei der Zielgruppe ankommt (sei es in Form von Leistungsshow, Unterhaltung und Verpflegung) und nicht zwi-schendurch für Querschnittsleistungen oder Beratungen gebraucht wird. Die Vorlage zeigt, dass der Gemeinderat die vom OK beantragte Finanzierung angepasst hat. Er hat die beantragte Defizitgarantie für die Sponsoringbeiträge gestrichen. Das OK muss die Feierlichkeiten reduzieren, wenn die CHF 14 200 nicht zusammen kommen. Es hat also keine Planungssicherheit. Die Grüne/EVP-Fraktion ist der Mei-

nung, dass eine Defizitgarantie für die Sponsoringbeiträge gegeben werden muss, um die Planungssicherheit zu erhöhen. Es wird ein entsprechender Antrag um Anpassung von Antrag 2 gestellt. Indem der Gemeinderat den Sponsoringanteil reduziert hat, hat er bereits dafür gesorgt, dass diese Defizitgarantie nicht zum Tragen kommen wird.

Urs Weber, SVP: Das Meiste wurde bereits von den Vorrednern gesagt. Auch die SVP steht hinter der Feuerwehr und ist der Meinung, dass diese die Festivitäten verdient hat. Die Fraktion wird beide Anträge unterstützen und freut sich auf das Fest.

Eduard Rietmann, CVP/GLP: Seine Fraktion schliesst sich dem Dank der Vorredner an. Das Geschäft wurde bei ihnen etwas kritisch aufgenommen, was nichts mit der Feuerwehr, sondern mit der Situation zu tun hat: Dies ist der dritte Grossanlass innert kürzester Zeit, der die Gemeinde viel Geld kostet (Kunstverein, Schwinger, Feuerwehr) und die Fraktion fragt sich, wo die Grenzen sind, wem wieviel zusteht. Man kam zum Schluss, dass es keine Regelung für Abgrenzungen gibt und nimmt die Gelegenheit wahr, den Gemeinderat zu bitten, sich zu überlegen, was grundsätzlich die Verpflichtungen solchen Organisationen gegenüber sind.

Die CVP/GLP stimmt den Anträgen grossmehrheitlich zu und wird die von den Fraktionen angekündigten Anträge entsprechend unterstützen.

SP: Severin Brenneisen dankt der Feuerwehr insbesondere für die Energie und Zeit die sie aufwendet, um nächstes Jahr drei grosse Festanlässe zu organisieren und durchzuführen. Die SP-Fraktion unterstützt die zwei Anträge des Gemeinderats und ist im Moment noch nicht überzeugt davon, dass das OK-Komitee vergrössert werden muss.

Gemeinderat Daniel Nyffenegger bedankt sich für die gute Aufnahme des Geschäfts. Zum Antrag der FDP: Grundsätzlich ist es selbstverständlich, dass das Jubiläumsprojekt auf operativer Ebene vom Abteilungsleiter begleitet und der zuständige Gemeinderat die Kosten überwachen wird. Sollte der Antrag angenommen werden, wird der Gesamtgemeinderat eine Person aus dem Einwohnerrat bestimmen. Auch das Votum von E. Rietmann betreffend der Festlegung von Ausgaben für Anlässe nimmt der Gemeinderat gerne auf und wird sich mit dem Thema befassen.

ABSTIMMUNG Antrag 1

Ja: 36 / Enthaltung: 1 / Nein: 0

ABSTIMMUNG Antrag Grüne/EVP, Ergänzung des Antrags 2

Ja: 17 / Nein: 16 / Enthaltungen: 4

ABSTIMMUNG Antrag FDP Erweiterung OK-Komitee

Ja: 16 / Nein: 16 / Enthaltungen: 5

Stichentscheid Präsident: Ja

BESCHLÜSSE

-
- ://: 1. Die Durchführung der drei Anlässe inkl. Kostenübernahme pro Anlass von 80 Prozent der vorgeschlagenen CHF 71 000 wird bewilligt.
2. Der Betrag von CHF 56 800 wird durch die Gemeinde finanziert und ins Budget 2014 eingestellt. Die restlichen CHF 14 200 sind durch Sponsoringbeiträge durch die Organisatoren einzubringen. Falls die Sponsoringbeiträge nicht oder nicht im vollen Umfang zustande kommen, gewährt die Gemeinde für diesen Betrag eine Defizitgarantie.

3. Das Fest-Organisationskomitee wird neben den drei namentlich erwähnten Vertretern der Feuerwehr zusätzlich durch je einen Vertreter aus Gemeinderat, Verwaltung (Abteilungsleiter) und Einwohnerrat (bestimmt durch GR) ergänzt.

Postulat K. Bartels, CVP/GLP: Frühmodul bei der familienergänzenden Kinderbetreuung im Schulbereich

CVP/GLP: Katrin Bartels bedankt sich beim Gemeinderat für die durchgeführte Befragung. Wie alle wissen, hängt das Resultat jeder Befragung von der Gestaltung der Fragen ab. Diese Befragung führte zum Resultat, dass nur neun Familien, die erst noch in unterschiedlichsten Gegenden wohnen, Interesse an einem Frühmodul angemeldet haben. Die Rednerin bedauert dieses Ergebnis und diese Interpretation, ist jedoch nach wie vor überzeugt davon, dass sich ein Frühmodul etablieren würde, wenn es eingeführt würde. Sie akzeptiert das Resultat und dass das Postulat im Moment abgeschrieben wird. Das Thema ist für Katrin Bartels damit nicht gegessen.

SP: Simone Abt ist weniger versöhnlich als die Postulantin und möchte das Postulat nicht abschreiben. Die SP-Fraktion wird sich jedoch nicht mit einem Antrag gegen Katrin Bartels stellen, möchte dem Rat aber ein paar Überlegungen zu diesem Geschäft darlegen:

Die Fraktion ist nicht ganz befriedigt von dieser Arbeit, die durchaus seriös durchgeführt wurde und für die man sich auch bedankt. Den Ansatz, konkret die Fragestellung, findet die SP enttäuschend: Besteht ein Bedürfnis der Eltern, ein Produkt zu kaufen, das die Gemeinde bereitstellen und verkaufen kann. Ist das die richtige Fragestellung? Wurden mit dieser Umfrage die richtigen Personen erreicht? Das Thema des Postulats unterscheidet sich ein wenig von den früher durchgeführten Umfragen betreffend Mittagstisch oder Nachmittagsbetreuung. Hier geht es um den tatsächlichen Bedarf. Die Rednerin kann sich vorstellen, dass gerade die Familien, die auf ein solches Angebot angewiesen wären, nicht erreicht wurden; sei es wegen sprachlichen Problemen oder anderen Umständen, die verhindern, dass der Fragebogen ausgefüllt wird. Es ist anzunehmen, dass vor allem Eltern mit grossen Arbeitspensen, mit Schichtarbeit oder unregelmässigen Arbeitszeiten auf ein Frühmodul angewiesen wären.

Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass ein solches Angebot relativ unkompliziert und ohne grosse Modulstruktur angeboten werden müsste. Die Leute sollten einfach einlaufen können. Das Ziel ist ja, zu vermeiden, dass Kinder während 30, 40 Minuten auf der Strasse stehen, weil ihre Eltern bereits zur Arbeit gegangen sind. Aus aktuellem Anlass wurde in den letzten Tagen in einem anderen Kontext oft von „Restrisiken“ gesprochen. Der Rat muss sich fragen, ob er ein Restrisiko in Kauf nehmen will.

Beatrice Büschlen, CVP/GLP, bedankt sich beim Gemeinderat für die ausgiebige und seriöse Prüfung des Postulats. Die Fraktion ist auch der Meinung, dass man die Eltern mit den bestehenden Instrumenten unterstützen können sollte. Mit Hilfe der Vermittlungsstelle der Stiftung Kinderbetreuung besteht jetzt schon die Möglichkeit, eine gute Betreuung für die wenigen und/oder dringenden Fälle zu finden. In drei Jahren wird eine Überprüfung durchgeführt. Sollte sich dann zeigen, dass das Bedürfnis nach einem Frühmodul grösser geworden ist oder sich geändert hat, wird die Grüne/EVP die entsprechenden Forderungen stellen. Für die Fraktion ist das Postulat zum heutigen Zeitpunkt erfüllt, sie stimmt der Abschreibung zu.

Susanna Keller: Die SVP hat Verständnis für das Anliegen, doch da nur neun Familien ein Bedürfnis anmeldeten, stimmt sie dem Gemeinderat zu, auf die Erarbeitung eines Konzepts zu verzichten. Das Postulat soll als erledigt abgeschrieben werden.

FDP, Peter Heiz: Die Fraktion kann den Gedankengängen der SP nicht folgen. Immerhin wurden alle Familien angefragt. Die Rücklaufquote war leider sehr gering mit dem Resultat, dass nur neun positive Antworten eingegangen sind. Es muss auch bedacht werden, dass zusätzliche Lehrpersonen benötigt würden, da sich kaum Freiwillige finden lassen, welche die hohen Anforderungen erfüllen. Dazu kommt, dass die Betreuung bereits durch die Stiftung Kinderbetreuung abgedeckt ist. Peter Heiz ergreift die Gelegenheit, einmal mehr an die Betreuungspflichten der Eltern zu erinnern.

Gemeinderat Philippe Meerwein: Die Befragung wurde an alle Eltern der aktuellen Kindergärten und Schulen geschickt, also an alle, die ein Bedürfnis generieren könnten. Dem Gemeinderat war wichtig, dass das angebotene Modul funktioniert. Es sollen nicht nur die Kinder von der Strasse geholt werden, die Betreuungspersonen am Standort müssen wissen, welche Kinder unterwegs sind und wann sie eintreffen. Es wurden verschiedene Modelle zur Auswahl gestellt und man hat festgestellt, dass der Aufwand, um die Bedürfnisse abzudecken, immens wäre. Die Betreuungspersonen würden nicht unbedingt aus der Lehrerschaft generiert, da es ein Zusatzaufwand ist und für diese Arbeit nicht zwingend eine Lehrerqualifikation nötig ist. Es wurde also eine breit angelegte Untersuchung gemacht, die zum Schluss geführt hat, dass es sich momentan nicht lohnt, die Forderung des Postulats umzusetzen.

ABSTIMMUNG

Ja: 25 / Enthaltungen: 12 / Nein: 0

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.

Traktandum 4

Nr. 42

Postulat Ph. Schaub, Freie Wähler: Entfernung der Sprayereien und Schmierereien beim Binninger Schloss und anderen öffentlichen Bauten

Philippe Schaub, parteilos, bedankt sich beim Gemeinderat für die rasche Entfernung der Sprayereien. Er ist mit der Abschreibung des Postulats einverstanden.

SVP, Urs Brunner: Auch seine Fraktion ist für die Überweisung und Abschreibung.

Dasselbe gilt laut *Jürg Humbel* für die FDP.

Grüne/EVP: Peter Buess deklariert den Vorstoss als unnötig, weil dies Aufgabenbereich des Gemeinderats sei. Seine Fraktion möchte anregen, dass die Ausschreibung eines Wettbewerbs für Sprayereien geprüft wird, da diese auch Kultur sind.

Gemeinderätin Mirjam Schmidli bedankt sich für die Voten und die interessante Idee, die man durchaus weiter verfolgen kann.

ABSTIMMUNG

Der Antrag des Gemeinderats wird einstimmig angenommen.

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen und abgeschrieben.

Traktandum 5

Nr. 74

Postulat Ch. Anliker, SVP: Freier WLAN-Zugriff für alle

BESCHLUSS

://: Das Geschäft wird für die nächste Sitzung vom 4.11.2013 traktandiert.

Traktandum 6

Nr. 68

Postulat Ph. Schaub, parteilos: Durchsuchbare PDF-Dokumente für Einwohnerrat und Verwaltung

Alexander Huber: Die CVP/GLP-Fraktion unterstützt die Überweisung und Abschreibung des Postulats. Sie begrüsst, dass nun die Dokumente im Internet durchsucht werden können. Aus dem Text wurde den Fraktionsmitgliedern nicht ganz klar, ob die Dokumente eingescannt und dann in Textform übertragen oder ob die vorliegenden Word-Dokumente übertragen werden.

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP: Ein Telefonat mit der Verwaltung hätte in diesem Fall genügt. Die Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderats zu.

Jürg Blaser, SVP, schliesst sich der Meinung seiner Vorrednerin an.

FDP: Markus Ziegler findet es bemühend, dass ein solcher Vorstoss im Rat behandelt wird und rechnet vor, dass bei 37 Anwesenden, einem Stundenlohn von CHF 50.00 und einer Diskussionszeit von zehn Minuten, bereits 300–400 Franken verbraten wurden. Dazu kommt, dass das Geschäft gelesen werden muss und der Gemeinderat und Mitarbeiter der Verwaltung darüber diskutieren müssen. Das hätte wirklich mit einem Telefonat gelöst werden können. Obwohl er die Neuerung begrüsst, wird er dem Antrag aus Grundsatz nicht zustimmen.

FDP: Jürg Humbel erinnert an seine Rede als Alterspräsident anlässlich der Eröffnung der neuen Legislatur. Damals hat er eindringlich darum gebeten, keine unnötigen Vorstösse einzureichen, da in vielen Fällen ein Telefon mit dem zuständigen Gemeinderat oder Verwaltungsangestellten genügt, um ein Problem zu beheben oder eine Frage zu klären.

ABSTIMMUNG

Ja: 30 / Nein: 7 / Enthaltungen: 0

BESCHLÜSSE

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen und gleichzeitig als erledigt abgeschrieben.

Traktandum 7

Nr. 43

Interpellation K. Bartels, CVP/GLP: Stand Revision Raumplanungsgesetz

Gemeinderätin Mirjam Schmidli:

Frage 1: Wie weit ist die Revision des Raumplanungsgesetzes auf kantonaler Ebene fortgeschritten?

Antwort: Am 3. März wurde die Änderung des Bundesgesetzes über die Raumplanung vom Stimmvolk gutgeheissen. Nun müssen die kantonalen Bestimmungen überarbeitet werden. Mit dem neuen Gesetz werden Grundlagen geschaffen, die den Kanton berechtigen, Mehrwertabgaben zu tätigen.

Fragen 2 und 3: Welche Fristen sind für die Realisierung und Umsetzung des neuen kantonalen Raumplanungsgesetzes zu erwarten? Was wird diese Revision für Binningen in Zukunft bedeuten?

Antwort: Innerhalb von fünf Jahren müssen alle Kantone ihre Raumplanungsgesetze anpassen. Was das für Binningen heisst, kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht beantwortet werden. Man weiss noch nicht, was mit diesen Mehrwerten passiert. Wenn die Erträge dem Kanton zugeteilt werden, nützen sie die Gemeinde nur indirekt. Es kann aber auch sein, dass mit den Erträgen Rückzonen finanziert werden. Man weiss es noch nicht und die Federführung liegt beim Kanton. Zur Zeit finden Workshops statt, die von der Bau- und Umweltdirektion angeboten werden, an denen Binningen auch teilnimmt. Dort werden diverse Themen in Bezug auf die Gesetzesrevision besprochen – die Mehrwertabschöpfung ist eines davon.

Abschliessend bemerkt Mirjam Schmidli, dass auch diese Fragen mit einem Telefonat rascher hätten beantwortet werden können.

BESCHLUSS

://: Die Interpellantin ist von der Antwort des Gemeinderats befriedigt.

Traktandum 8

Nr. 46

Interpellation S. Tribolet, SP: Velowege auf dem Westplateau

Gemeinderat Urs-Peter Moos:

In der Interpellation heisst es, das totale Fahrverbot sei kontinuierlich erweitert worden. Dem widerspricht der Gemeinderat, da in den letzten zehn Jahren nichts geändert wurde.

Urs-Peter Moos bestätigt, dass es im Bereich Leimgrubenweg ein grosses Bewegungsaufkommen gibt. In unserem immer dichter besiedelten Gebiet trifft dies auch auf andere Bereiche zu, doch hat man keine Kenntnis von Unfällen, die sich aufgrund dieser Situation ergeben hätten.

Frage 1: Wie ist es zu dieser totalen Sperrung des gesamten Westplateaus (ausserhalb der Siedlungszone) für Velofahrer gekommen?

Antwort: Auf dem Plan, der zur Beantwortung der Interpellation erstellt wurde, sind die Wege für Fussgänger und Reitsport grün eingefärbt. Für diese Kernzone im Allschwiler Wald wurde bewusst entschieden, dass nicht noch zusätzlich Velos zugelassen sein sollen. Rot eingefärbt ist der Radweg, der vom Tschuppbaumacker über den Leimgrubenweg führt und die Idee ist, dass man via dann via Drisselweg und Benkenstrasse nach Oberwil fährt.

Der Gemeinderat überlegte, ob innerhalb dieser Route eine Optimierung möglich ist und prüft nun, ob der Abschnitt zwischen Tellerweg und Drissel auch für Velofahrer geöffnet werden kann.

Frage 2: Wer ist in der Gemeinde Binningen für diesen Prozess verantwortlich?

Antwort: Der Gemeinderat.

Frage 3: Was ist die angestrebte Absicht (Konzept) dieser Massnahme?

Antwort: Es geht darum, dass es im Allschwiler Wald eine Zone für Fussgänger und Reitsport gibt und der Veloverkehr an der Peripherie entlang geführt wird. Dieses Konzept hat sich bewährt und nur bei schlechtem Wetter (vereisten Wegen) sollen die Reiter auf den Leimgrubenweg ausweichen.

4. Sind noch weitere ähnliche Massnahmen geplant?

Antwort: Nein.

5. Wäre es nicht sinnvoller, die Strasse Paradieshofweg für Fahrräder wieder zu öffnen, im Sinn einer Entbündelung des Freizeitverkehrs und als wichtige Verbindungsrouten ausserhalb der Verkehrsachsen Richtung Oberwil, Biel-Benken und Neuwiller?

Antwort: Wie bereits erläutert, gibt es die Entbündelung bereits und sie bewährt sich. Der Abschnitt Paradieshofweg Richtung Bauernhof ist ein Privatweg, der die Nutzung für Fussgänger erlaubt. Es wäre also nicht ohne Einverständnis des Eigentümers möglich, dort eine Radroute durchzuführen.

6. Wäre es darüber hinaus nicht prüfenswert, den Allmendweg für den Veloverkehr zu öffnen und dadurch eine zusätzliche, wichtige Verbindung zu schaffen? So könnte man, vom Neubad oder von Allschwil her kommend, das Westplateau getrennt vom motorisierten Verkehr erreichen und den Fahrradausflug der Familie mit Kindern Richtung Leimental in grösstmöglicher Verkehrssicherheit geniessen.

Antwort: Diese etwas idyllische Darstellung entspricht nicht ganz der Realität, da die Radfahrer nicht nur gemütlich, sondern teilweise mit beachtlichem Tempo unterwegs sind. Der Allmendweg weist im Bereich Naturschutzgebiet eine sehr unübersichtliche und steile Passage auf und nach Rücksprache mit dem Revierförster Markus Lack hält der Gemeinderat daran fest, dass dieser Weg nicht für den Veloverkehr geöffnet wird.

://: Die Interpellantin ist von der Antwort des Gemeinderats befriedigt.

Diversa

Anfrage CVP/GLP: Interessenkonflikt zwischen Gemeinde- und Landrat

83

Gemeindepräsident Mike Keller:

Frage 1: Ist der Gemeinderat der Meinung, dass ein Interessenkonflikt zwischen der Meinung des Gemeinderates Binningen und dem Landrat besteht?

Antwort: Der Gemeinderat hat im Zusammenhang mit der Ausfinanzierung der Pensionskasse eine andere Optik als der Landrat. In diesem speziellen Fall ist man auf Gemeinderatsebene nicht derselben Auffassung wie der Landrat. Die Frage nach einem grundsätzlichen Interessenkonflikt muss mit Nein beantwortet werden.

Frage 2: Wenn ja, wie geht er während den Gemeinderatssitzungen mit diesem Thema um. Tritt der Gemeinde- und Landrat Urs-Peter Moos, der ja offensichtlich die Landratsmeinung vertritt, in den Ausstand? Wenn nein, warum nicht?

Antwort: Bezüglich Pensionskasse hat Urs-Peter Moos bereits in der ersten Debatte den Gemeinderat darüber informiert, dass er bei diesem Geschäft die Position des Landrats stärker gewichtet und diese auch gerne vertreten möchte. Er hat die Mitglieder des Gemeinderats gefragt, wie sie sich zu dieser Ausgangslage stellen. Der Gemeinderat hat diese Haltung akzeptiert und es positiv bewertet, dass er davon profitieren kann, wenn Informationen von Seite Landrat in die gemeinderätlichen Diskussionen einfließen. Entgegen dem Kollegialitätsprinzip hat der Gemeinderat Urs-Peter Moos in diesem speziellen Fall die Freiheit erteilt, dass er die gegenteilige Meinung auch auf Kantonebene zu äussern kann.

Frage 3: Wie weit beeinflussen die öffentlich geäusserten Meinungen von GR/LR Urs-Peter Moos die Arbeit im Gemeinderat?

Antwort: Es gibt keine direkte Beeinflussung. Wie gesagt, haben der Gemeinde- wie auch der Einwohnerrat eine andere Meinung. Die restlichen sechs Gemeinderatsmitglieder halten sich an ihre Aufgabe und an den Entscheid des Einwohnerrats und vertreten überhaupt primär die Interessen der Gemeinde.

Frage 4: Hat ein allfälliger Interessenkonflikt Auswirkungen auf einzelne Geschäftsfelder die Gemeinderat Urs-Peter Moos bearbeitet?

Antwort: Mike Keller betont nochmals, dass man explizit betreffend Ausfinanzierung der PK eine differenzierte Meinung hat. Ansonsten kann er sich an kein anderes Geschäft mit einer unterschiedlichen Ausgangslage erinnern, bei dem ein Interessenkonflikt möglich wäre.

Frage 5: Hat der Gemeinderat geprüft oder prüft er laufend, ob allenfalls einzelne Dossiers vorübergehend durch den Stellvertreter von GR Urs-Peter Moos, Gemeindepräsident Mike Keller, bearbeitet werden müssen?

Antwort: Im Gemeinderat wird laufend und bei allen Geschäften geprüft, ob ein Interessenkonflikt möglich wäre. Dies betrifft alle sieben Gemeinderäte. Sollte dies der Fall sein, würde die betroffene Person ohne grosse Diskussion in den Ausstand treten. Was Urs-Peter Moos betrifft, konnte man keine kritischen Geschäfte ausmachen und hatte keine Veranlassung, Dossiers vorübergehend an jemand anderen abzugeben.

Anfrage Daniel Zimmermann, FDP: Schliessung der Zufahrt Hohle Gasse

84

Gemeinderat Urs-Peter Moos:

Frage 1: Wieso hat der Gemeinderat Binningen diese Strasse gesperrt?

Antwort: Diese Strasse ist nicht gesperrt worden, denn eigentlich hat dort nie eine Strassenverbindung bestanden. Auf dem Papier hatte man einen Zufahrtsweg, der auf dem Strassennetzplan bis 2011 nicht enthalten war. Dieser war mit einem Teil-Fahrverbot für motorisierten Verkehr belegt (Zubringerdienst Hauptstrasse 34 bis 40 gestattet). Die Realität hat sich jedoch anders gestaltet: Der Abschnitt wurde als Durchgangsrouten durch die private Einstellhalle der Liegenschaft 34/36 über den Holeerain zur Hauptstrasse missbraucht. Eine direkte Anbindung der Hohlegasse an die Hauptstrasse ist nicht möglich. Mit der Erstellung des APH Schlossacker hat sich das nicht geändert, da man jetzt dort zusätzlichen Verkehr durch Anlieferungen und Abholungen hat.

Während der Behandlung des Geschäfts Bau Schlossacker in der BPK wurde die Frage, wie mit dem Verkehr umgegangen werden soll, diskutiert. Dieselbe Diskussion führte man auch im Zusammenhang mit der Ortsplanungsrevision. Im Strassennetzplan wurde dieser Abschnitt schliesslich als Erschliessungsweg klassifiziert.

Zitat GR-Vorlage an den Einwohnerrat (2008): „Um Durchgangsverkehr von und zur Hauptstrasse zu vermeiden, wird im unteren Bereich der Hohlegasse ein Schrankensystem mit Funksteuerung eingerichtet. Die Erschliessung der Liegenschaften Hauptstrasse 34/36 und der Post erfolgt hingegen von der Hauptstrasse her.“

Frage 2: Wurde diese Strassensperre amtlich publiziert? Wenn ja, wo und wann?

Antwort: Zur Begegnungszone mit Sperrung wurde ein Verkehrsgutachten erstellt. Dieses hatte eine verkehrspolizeiliche Anordnung zur Folge, welche im Amtsblatt am 12. April 2012 publiziert wurde. Es wurden keine Einsprachen gemacht.

Frage 3: Ist es sinnvoll, dass die Wohnbevölkerung des gesamten Neusatzquartiers grosse Umwege durch dicht besiedeltes Gebiet via Neubad/Dorenbachkreisel oder Kronenplatz fahren muss, um in das Post- und Verwaltungszentrum zu gelangen?

Antwort: Die Zufahrt zur Hauptstrasse aus dem Neusatzquartier ist nach wie vor für den motorisierten Verkehr gewährleistet, sei das über die Paradiesstrasse oder den Holeerain. Selbstverständlich ist es auch möglich, im Hasenrain zu parkieren und ein paar Schritte zur Post zu gehen. Andere Verkehrsverbindungen sind aufgrund der Rahmenbedingungen nicht möglich. Die Durchfahrt durch eine private Einstellhalle kann nicht toleriert werden.

Frage 4: Vollzieht der Gemeinderat Binningen in der kommunalen Verkehrspolitik eine neue Haltung und schliesst in Binningen Strassen, die für viel Geld mit einem Zweck erstellt worden sind?

Antwort: Der Gemeinderat hat keineswegs eine neue Haltung und Urs-Peter Moos macht nochmal darauf aufmerksam, dass es der Einwohnerrat war, der die jetzt realisierte Lösung beschlossen hatte, dass es seit dem Bau des APH Schlossacker vermehrt Lieferverkehr gibt und die Situation dort beengt ist.

Frage 5: Ist der Gemeinderat bereit, auf diese Anliegen einzugehen und die Situation nochmals zu prüfen?

Antwort: Ein Anliegen ist für Urs-Peter Moos aus dieser Anfrage nicht klar ersichtlich, es müsste allenfalls in Form einer Petition oder einer Motion formuliert werden. Die Situation wurde im Zusammenhang mit der Erstellung des Alters- und Pflegeheim Schlossacker bereits detailliert geprüft und da keine neuen Erkenntnisse vorliegen kommt der Gemeinderat nicht auf diesen Entscheid zurück.

Anfrage Roy Ewald, SVP: Wie schützt der Gemeinderat die Binninger Bevölkerung nach einem radioaktiven Störfall?

85

Frage 1: Welche Massnahmen unternimmt der Gemeinderat, damit die Binninger Bevölkerung zumindest die notwendigen Jodtabletten erhält?

Antwort: Der Gemeinderat kann auf die Massnahmen nicht direkt Einfluss nehmen. Die Gesamtverantwortung obliegt dem Bundesamt für Gesundheit (BAG). Der Gemeinderat steht aber in regelmässigem Kontakt mit den zuständigen Stellen beim Kanton (u.a. mit dem Kantonalen Krisenstab Basel-Landschaft, KKS BL)

In den Zonen 1+2 werden die Kaliumiodidtabletten direkt vom Bund an die Haushaltungen, Betriebe und öffentlichen Einrichtungen verteilt. In der Zone 3 werden die Kaliumiodidtabletten vom Bund in genügender Anzahl an die vom Kanton vorgegebenen Lagerorte geliefert. Im Alarmfall sind die kantonalen Behörden für die weitere Verteilung an die Bevölkerung zuständig.

Per Verordnung (Jodtabletten-Verordnung) sind die Beschaffung und Verteilung der Kaliumiodidtabletten sowie die Qualitätsüberwachung der Tabletten an die Armeepothek als Kompetenzzentrum delegiert.

Bisher werden die Jodtabletten ausserhalb des 20-Kilometer-Radius (Zone 3) nicht an die Bevölkerung verteilt, sondern von den Behörden dezentral eingelagert. Bei einer AKW-Katastrophe müssen die Kantone in der Lage sein, die Tabletten innerhalb von zwölf Stunden an die Bevölkerung abzugeben.

Eine Überprüfung brachte ans Licht, dass diese Frist in vielen Kantonen nicht eingehalten werden kann. Um dieses Problem zu lösen, schlägt das Eidg. Departement des Innern (EDI) eine Teilrevision der Jodtabletten-Verordnung vor: Künftig sollen die Jodtabletten auch in der Zone 3 an die Bevölkerung abgegeben werden, wenn sie nicht innerhalb der vorgeschriebenen Zeit verteilt werden können.

Der Kanton Basel-Landschaft überprüft in diesem Zusammenhang im 2013 die Verteilung der Kaliumiodidtabletten bei den Gemeinden in der Zone 3.

Die Kosten für die Verteilung sollen die Kantone tragen. Diese können zudem entscheiden, ob sie die Jodtabletten an die Bevölkerung verteilen oder ob die Bewohner sie selbst abholen müssen. Die Änderung soll per 1. Januar 2014 in Kraft treten.

Frage 2: Was ist bei einem grösseren Störfall vorgesehen?

Antwort: Die Behörden ordnen über Radio (DRS oder lokale Radiosender) Massnahmen an, um die Bevölkerung vor eventuell austretender Radioaktivität so gut wie möglich zu schützen.

Die wichtigste Massnahme ist, sich nicht im Freien aufzuhalten, sondern sich in Gebäude zu begeben, Fenster und Türen zu schliessen sowie alle Lüftungen abzuschalten. Damit wird verhindert, dass radioaktiv verseuchte Luft in die Häuser eindringen kann. In einer solchen Situation ist den Anweisungen der Behörden unbedingt Folge zu leisten.

Eine weitere angeordnete Massnahme kann sein, die Kaliumiodidtabletten entweder bereitzustellen oder in Gemeinden mit radioaktiver Belastung einzunehmen.

Frage 3: Wie und wann wird die Bevölkerung über einen Störfall informiert?

Antwort: Im Ereignisfall alarmieren die Behörden die betroffene Bevölkerung über die Sirenen. Dieser Alarm fordert sie auf, das Radio (DRS oder lokale Radiosender) anzuschalten. Die Behörden informieren die Bevölkerung über Radio und erteilen Anweisungen, wie sie sich verhalten soll. Eine Einnahme der Kaliumiodidtabletten ist nicht sofort notwendig. Die Radioaktivität wird flächendeckend gemessen und nur in den Gemeinden, in denen eine radioaktive Belastung festgestellt wird oder sicher zu erwarten ist, ordnen die Behörden die Einnahme der Tabletten an.

Präsident Stefan Kaiser schliesst die Sitzung um 20.40 Uhr.

Die nächste Sitzung findet statt am Montag, 4. November 2013, 19.30 Uhr.